

Stand: 09.02.2026 13:29:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/13694

"Kein Abriss von Isar 1 unter einem beladenen Brennelemente-Becken"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/13694 vom 20.10.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14873 des UV vom 24.11.2016
3. Beschluss des Plenums 17/15373 vom 09.02.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 09.02.2017



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Dr. Christian Magerl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kein Abriss von Isar 1 unter einem beladenen Brennelemente-Becken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass beim laufenden Genehmigungsverfahren für die Stilllegung und den Abriss des Atomkraftwerks Isar 1 die „Leitlinien zur Stilllegung kerntechnischer Anlagen“ der Entsorgungskommission der Bundesrepublik Deutschland vollumfänglich berücksichtigt werden.

Insbesondere ist darauf zu achten, dass die unter Punkt 4 der Leitlinien (Maßnahmen zur Vorbereitung des Abbaus der Anlage) genannte Herstellung der Kernbrennstofffreiheit tatsächlich vor Beginn des Abbaus erfolgt.

Begründung:

Im aktuell laufenden Genehmigungsverfahren hat der Antragsteller (ursprünglich EON, jetzt PreussenElektra) in seinen Antragsunterlagen dargelegt, dass er mit Abbaumaßnahmen beginnen will, obwohl noch abgebrannte Brennelemente im Abklingbecken lagern.

Obwohl die allermeisten Brennelemente rein physikalisch bereits in Castoren eingelagert werden könnten, da sie (zum Teil sogar weit) über fünf Jahre im Abklingbecken lagern, kann der AKW-Betreiber bis heute keinen verlässlichen Termin zur Räumung des Abklingbeckens nennen. Grund dafür ist u.a. ein langes Genehmigungsverfahren für die Castor-Behälter, obwohl bereits seit 1996 bekannt war, dass neue Castoren beantragt werden müssen. Trotzdem wurden die letzten Unterlagen für dieses Genehmigungsverfahren erst 2014 nachgereicht. Auch die realen Behälter stehen nicht in ausreichender Zahl am Standort zur Verfügung.

Die Pläne von PreussenElektra stellen eine unnötige Gefährdung der Mitarbeiter der beiden Atomkraftwerke und der in der Umgebung lebenden Bevölkerung dar. Die sich ergebenden Gefährdungen wurden u.a. in der Stellungnahme von intac Hannover zu „Sicherheitsproblemen bei Abaubeginn von Isar 1 ohne vorherige Leerung des Brennelementelagerbeckens“ dargestellt.

Die Entsorgungskommission der Bundesrepublik Deutschland (in dessen Ausschuss Stilllegung im Übrigen mehrere Vertreter deutscher Atomkonzerne, der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) und von TÜV Nord und TÜV Süd mitarbeiten) hat sich im Jahr 2015 in einer eigenen Stellungnahme „Leitlinien zur Stilllegung von kerntechnischen Anlagen“ unter Punkt 4 eindeutig für die Herstellung der Kernbrennstofffreiheit als Maßnahme zur Vorbereitung des Abbaus der Anlage ausgesprochen.

Auch bei den bisherigen Stilllegungs- und Rückbauprojekten von Atomkraftwerken in Deutschland war die Kernbrennstofffreiheit selbstverständlich Voraussetzung für den Beginn von Abbaumaßnahmen.

Aus diesen Gründen sollte die Staatsregierung dem Ansinnen von PreussenElektra deutlich entgegentreten und die Leitlinien der Entsorgungskommission vollumfänglich berücksichtigen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Rosy Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/13694

Kein Abriss von Isar 1 unter einem beladenen Brennelemente-
Becken

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Rosi Steinberger**
Mitberichterstatter: **Hans Ritt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 24. November 2016 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Dr. Christian Magerl, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/13694, 17/14873

Kein Abriss von Isar 1 unter einem beladenen Brennelemente-Becken

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Rosi Steinberger

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Benno Zierer

Staatsministerin Ulrike Scharf

Abg. Martin Stümpfig

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Abriss von Isar 1 unter einem beladenen Brennelemente-Becken
(Drs. 17/13694)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion.

Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Steinberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.
Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das bayerische Umweltministerium steuert einen gefährlichen Kurs. Erstmals in Deutschland darf ein Atomkraftwerk abgerissen werden, obwohl der Reaktor noch mit abgebrannten Brennelementen voll ist. Es geht um den Reaktor Isar 1 bei Landshut. Dieses AKW soll auf Wunsch des Betreibers so schnell wie möglich rückgebaut werden. Wir sagen jedoch, hier muss Sicherheit vor Schnelligkeit gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei Isar 1 gibt es eine Gefahrenstelle. Das Abklingbecken dieses Reaktors ist mit 1.700 Brennelementen gefüllt. Das sind 300 Tonnen hoch radioaktives Material. Dieses Lagerbecken liegt bei dieser Baureihe außerhalb des Sicherheitsbehälters und ist denkbar schlecht geschützt. Teilweise sind die Wände, die den Atommüll schützen sollen, weniger als 40 cm dick – manche Einfamilienhäuser haben dickere Wände. Dazu kommt, dass täglich Hunderte von Passagierflugzeugen darüber fliegen und der Reaktor auch gegen Terroranschläge alles andere als gut geschützt ist.

Jetzt könnte man sagen, das Atomkraftwerk ist schon vor sechs Jahren abgeschaltet worden, und deshalb ist die Gefahr nicht mehr ganz so groß. – Das stimmt. Die Brenn-

elemente im Abklingbecken müssen aber nach wie vor ständig gekühlt werden und ständig unter Wasser bleiben. Es ist nicht auszudenken, was passiert, wenn dieses Becken beim Abriss des Reaktorgebäudes beschädigt würde.

Die Firma PreussenElektra – früher hieß sie noch E.ON – hat nun die Abrissgenehmigung vom Umweltministerium erhalten. In dieser Genehmigung gibt es aber keine Auflagen für die Brennstofffreiheit. Es gibt keine Auflage, dass die Brennelemente erst aus dem Lagerbecken entfernt werden müssen, bevor mit dem Abriss begonnen werden darf. Im Gegenteil: Der Betreiber erhält einen Freibrief dafür, wann und wo er mit dem Abriss beginnt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist einmalig in Deutschland und, soweit wir wissen, auch weltweit. Noch nie wurde ein solches Risiko eingegangen. Das ist grob fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind mit unserem Ansinnen nicht allein. Auch die Entsorgungskommission des Bundes empfiehlt aus sicherheitstechnischer Sicht eine schnellstmögliche Räumung des Nasslagers, und zwar bevor mit dem Abriss begonnen wird und nicht danach. Ein Gutachten, das die GRÜNEN-Fraktion in Auftrag gegeben hat, kommt zum gleichen Schluss, nicht aber die Staatsregierung; sie sieht hier kein Problem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier wird ohne Not ein Risiko eingegangen. Damit macht man die Anwohner des AKW Isar 1 zu Versuchskaninchen und hofft, dass schon alles gut gehen wird. Zu den Anwohnern rund um Isar 1 möchte ich noch anmerken, dass man meint, es seien nicht so viele. Im Umkreis von 20 km leben aber über 200.000 Menschen. Wir sagen deshalb: Die Sicherheit dieser Menschen muss wesentlich höher aufgehängt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Früher gab es noch das Argument, es stünden keine passenden Castoren zur Verfügung; allerdings tragen die Betreiber auch einen Teil der Verantwortung dafür, dass

das so gewesen ist. Nun gibt es diese Castoren aber, und es könnte schon bald mit der Beladung begonnen werden. Wir fragen uns deshalb, warum das Ministerium die Brennstofffreiheit nicht vorschreibt, bevor im Reaktorgebäude abgerissen werden darf. Ist die Staatsregierung vor dem Betreiber eingeknickt?

Der Stand von Wissenschaft und Technik sollte das Grundprinzip bei der Atompolitik sein. Die Staatsregierung weicht ohne Not von diesem Grundprinzip ab. Ich verstehe dieses Vorgehen nicht; denn Sicherheit muss vor Schnelligkeit gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Bitte an das Umweltministerium ist deshalb: Bessern Sie Ihren Genehmigungsbescheid in dieser Hinsicht nach! – Zum Schutz der niederbayerischen Bevölkerung bitte ich Sie um Zustimmung zu dem Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Kollegin Steinberger. – Der nächste Redner ist der Kollege Dr. Martin Huber. Bitte schön.

Dr. Martin Huber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN suggerieren mit ihrem Antrag, bei Isar 1 würden demnächst die Bulldozer mit Abrissbirne anfahren. Das stimmt nicht. Es handelt sich hier um Abbaumaßnahmen, die eher chirurgischen Eingriffen gleichen; die Brennelementesysteme sind nicht direkt betroffen.

Mit Zustimmung des Bundesumweltministeriums hat das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz als bundesweit erste Behörde der PreussenElektra GmbH eine Genehmigung für die Stilllegung und den Abbau des Kernkraftwerkes Isar 1 erteilt. Klar ist: Es geschieht nichts, was nicht genehmigt ist, auch nicht auf Initiative des Bundes. Gemäß Bundesumweltministerin Hendricks solle das oberste Gebot bei allen vorbereitenden Planungen und den anschließenden Rückbauarbeiten stets die Sicherheit für die Mitarbeiter, die Bevölkerung und die Umwelt sein.

Ein permanentes Controlling, auch unter Einbeziehung externer Kontrolleure wie des TÜV SÜD, findet statt. Zudem kommt Bayern als erstes Bundesland seiner immensen Verantwortung gegenüber unserer Bevölkerung nach, sprich: Bayern sorgt für den Rückbau eines der Atomkraftwerke, die nach Fukushima abgeschaltet worden sind. Beim Rückbau nutzen wir das vorhandene Know-how, weil wir so die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbeziehen können, die das Kraftwerk noch aus dem Betrieb kennen.

Die Genehmigung zum Rückbau von Isar 1 ist ein weiterer wichtiger Schritt beim Ausstieg aus der Kernenergie und zugleich ein deutliches Zeichen für das Voranschreiten der Energiewende in Deutschland. Eines gilt es dabei in Richtung der GRÜNEN anzumerken: Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass es Ihnen beim Abschalten der Kernkraftwerke nicht schnell genug gehen kann, während Sie jetzt beim Rückbau der Kraftwerke auf ein Schneckentempo umschalten.

Die PreussenElektra GmbH verfügt über umfangreiche Erfahrungen und über Know-how beim Rückbau von Kernkraftwerken. Zum Beispiel konnte der zwölf Jahre andauernde nukleare Rückbau des Kernkraftwerkes Würgassen im ostwestfälischen Kreis Höxter, ebenfalls ein Siedewasserreaktor, im August 2014 sicher und erfolgreich sowie im vorgegebenen Budgetrahmen abgeschlossen werden. Zudem ist sich der Betreiber seiner verantwortungsvollen Funktion bewusst und wird über den Rückbaufortschritt zum Beispiel im Rahmen von Informationstagen kontinuierlich berichten. Damit soll Transparenz gegenüber den Anwohnern und der Öffentlichkeit geschaffen werden.

In den "Leitlinien zur Stilllegung kerntechnischer Anlagen" wird die möglichst frühzeitige Durchführung der geforderten Maßnahmen empfohlen. Das stimmt. Allerdings werden sie nicht als Voraussetzung oder Bedingung genannt. Die Entsorgungskommission, ein Gremium, das beim Bundesumweltministerium angesiedelt ist, hat diese Leitlinien herausgegeben. Dieses Gremium war auch in die Prüfung des bayerischen Antrags eingebunden und mit der Vorgehensweise ausdrücklich einverstanden. Alle Tätigkeiten in einem Kernkraftwerk werden hinsichtlich ihrer Rückwirkungsfreiheit auf die für den sicheren Betrieb der Anlage erforderlichen Systeme überprüft. Unter die-

sen Bedingungen kann mit dem Abbau von Anlagenteilen begonnen werden, während sich noch Brennelemente im Lagerbecken befinden. Die jetzt zur Genehmigung anstehenden Abbaumaßnahmen betreffen Systeme, die nichts mit der Kühlung oder Handhabung der Brennelemente zu tun haben.

Alle das Kraftwerk betreffende Rückbauarbeiten konzentrieren sich zunächst auf den Abbau von Anlagenteilen und Versorgungseinrichtungen, die für den Restbetrieb nicht mehr benötigt werden. Restbetrieb bedeutet hier zum Beispiel die Kühlung des Lagerbeckens und die Belüftung der Anlage.

Für die Behandlung der Materialien ist ein Reststoffbearbeitungszentrum erforderlich, das im Maschinenhaus eingerichtet wird. Dort werden die demontierten Anlagenteile zerkleinert, dekontaminiert und freigemessen. Laut der PreussenElektra wird der voranschreitende Abbau der Anlage nach außen erst sichtbar, wenn es gemeinsam mit dem zweiten Block des Kraftwerks an den konventionellen Abriss geht. Das wird voraussichtlich erst Mitte der 2030er-Jahre der Fall sein. Somit bitte keine Angstmache mehr! – Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Huber. – Nächster Redner ist der Kollege Scheuenstuhl.

Harry Scheuenstuhl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der deutsche Atomausstieg ist voll im Gang. Die Zukunft gehört nun endgültig den erneuerbaren Energien. Darüber freuen wir uns alle. Wir als SPD haben erkannt, dass die Atomenergie ein Irrweg war. Deshalb haben wir gemeinsam mit den GRÜNEN den Atomausstieg in der Bundesrepublik Deutschland eingeleitet. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist die logische Konsequenz aus den Katastrophen von Tschernobyl und Fukushima. Bereits seit 2011 haben wir diesbezüglich einen gesamtgesellschaftlichen Konsens.

Das letzte deutsche Kernkraftwerk wird im Jahr 2022 abgeschaltet. Die Epoche der Atomkraft in Deutschland wird damit Geschichte sein.

Aber unter Berücksichtigung des Atomausstiegs werden allein in Deutschland im Jahr 2040 circa 277.000 Kubikmeter schwach und mittelradioaktive Abfälle sowie 29.000 Kubikmeter an hoch radioaktiven Abfällen angefallen sein. Mit jeder Stunde fortlaufenden Betriebs wächst die Menge an radioaktivem Müll. Dieser Müll muss irgendwohin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in Bayern schreitet die Energiewende voran. Nach 34 Jahren in Betrieb hat das bayerische Umweltministerium am 24. Januar 2017 dem jetzigen Betreiber PreussenElektra die Genehmigung für Stilllegung und Rückbau des Kernkraftwerks Isar 1 erteilt. Der Rückbau soll noch 2017 beginnen.

Laut einem Gutachten der Firma Intac aus dem Jahr 2015 befinden sich noch 1.700 Brennelemente und 44 defekte Sonderbrennstäbe in den Brennelementelagerbecken von Isar 1. Mit dem Abbau soll nun ohne vorherige Leerung des Beckens begonnen werden. Der Abbau soll nach den Plänen des Betreibers auch Bereiche betreffen, in denen sich Sicherheitssysteme befinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsregierung, allen voran die bayerische Umweltministerin, spielt hier wissentlich mit dem Feuer. Gegen die Erteilung einer Genehmigung zum Abbau des AKW ist selbstverständlich nichts einzuwenden. Wir begrüßen das Voranbringen der Energiewende ausdrücklich. Doch müssen wir uns fragen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU: Isar 1 ist rund 14 Kilometer von Landshut entfernt. Was meinen Sie denn, was passiert, wenn es zu einem unvorhersehbaren Zwischenfall kommt?

Das Lagerbecken mit rund 1.700 Brennelementen befindet sich außerhalb der Sicherheitszone des sogenannten Sicherheitsbehälters und ist somit durchaus verwundbar. Das sagen nicht wir von der SPD, sondern verschiedene unabhängige Fachgutachten,

die unter anderem durch das bayerische Umweltministerium in Auftrag gegeben wurden, kommen zu diesem Schluss.

Im Umweltausschuss am 24. November 2016 habe ich den zuständigen Fachmann des Umweltministeriums, Herrn Ministerialrat Dr. Unger, gefragt, ob der Abbau sicherer wäre, wenn die Brennelemente vorher entfernt werden. Herr Dr. Unger hat mir mitgeteilt, dass mit der Entfernung der Kernbrennstoffe aus der Anlage tatsächlich eine Minderung des Risikopotenzials einhergehe. Aufgrund der Erfahrungen und der Gefährlichkeit dieser Stoffe sollten wir uns das hinter die Ohren schreiben. Das heißt, durch die einfache Maßnahme, mit dem Abbau erst nach der Herstellung der Kernbrennstofffreiheit im Gebäude zu beginnen, ließe sich das Gefahrenpotenzial für die Menschen in direkter Umgebung deutlich verringern.

Im Übrigen hat sich auch die Entsorgungskommission der Bundesrepublik Deutschland in ihren "Leitlinien zur Stilllegung kerntechnischer Anlagen" eindeutig für die Herstellung von Kernbrennstofffreiheit als Maßnahme zur Vorbereitung des Abbaus der Anlage ausgesprochen. Hierzu heißt es: Aus sicherheitstechnischer Sicht sollte nach Beendigung des Leistungs- oder Produktionsbetriebs das Herstellen der Kernbrennstofffreiheit möglichst frühzeitig durchgeführt werden.

Eine Einflussnahme des CSU-geführten Umweltministeriums wäre laut diverser Gutachten bei Erteilung der ersten Stilllegungs- und Abbaugenehmigung durchaus möglich gewesen. Zum Schutz der Menschen muss das Vorsorgeprinzip immer oberste Priorität haben. Wenn wir hier nur 1 % an zusätzlicher Sicherheit gewinnen, dann ist es wegen der Gefährlichkeit einer solchen Anlage wichtig, dies auch auszunutzen.

Warum also wehrt sich die CSU, die diesen Antrag im Ausschuss als einzige Fraktion abgelehnt hat, gegen den Schutz der bayerischen Bevölkerung? Warum prescht die Ministerin im Alleingang vor und erteilt die Genehmigung zum Abbau?

Ich möchte diejenigen sehen, die nach einem Störfall sagen: Wir haben aus wirtschaftlichen Gründen auf die größtmögliche – dies betone ich ganz besonders – Sicherheit verzichtet. – Das können wir nicht hinnehmen.

Herr Kollege, wenn eine Genehmigung erteilt worden ist, bedeutet das noch lange nicht, dass eine Firma, natürlich in Rücksprache mit den zuständigen Behörden, darüber hinaus nichts tun kann. Es liegt an uns, die größtmögliche Sicherheit herzustellen. Deswegen werden wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Scheuenstuhl. – Ich gebe bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung zu diesem Antrag beantragt hat. – Der nächste Redner ist der Herr Kollege Zierer. Bitte schön, Herr Kollege Zierer.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei dem Antrag, über den wir gerade reden, dachte ich, es wäre eine Selbstverständlichkeit, dass ihm zugestimmt wird. Aber leider musste ich mich eines Besseren belehren lassen, da es der CSU offenbar wichtiger ist, alle Oppositionsanträge abzulehnen, als die größtmögliche Sicherheit für die bayerische Bevölkerung zu garantieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte nicht alles wiederholen, was meine Vorredner schon gesagt haben. Aber worum geht es im Detail? – Hierbei geht es nicht um den Abriss eines x-beliebigen Kernkraftwerkes. Wir sprechen bei Isar 1 von 1.734 strahlenden Brennelementen in einem Lagerbecken. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir müssen einmal einen Vergleich zu Biblis herstellen. In Biblis A lagern nur 440, in Biblis B lagern 506 und in Landshut 1.700 Brennelemente. Wir sprechen bei Isar 1 also von einem enormen hoch radioaktiven Inventar.

Die GRÜNEN haben zu Recht auf die Empfehlungen der Entsorgungskommission hingewiesen. Die Kommission empfiehlt in ihren Leitlinien zur Vorbereitung des Abbaus explizit das Herstellen der Kernbrennstofffreiheit. Das steht dort nicht nur zum Spaß. Im Umweltausschuss wurde aber von dem Vertreter der Staatsregierung darauf hingewiesen, dass es sich nur um eine Empfehlung handele. Dann ist die Politik gefragt. Wir müssen die Sicherheit der Bevölkerung auf jeden Fall im Auge behalten.

Meine Damen und Herren, selten war eine juristische Wortklauberei so wenig angebracht wie bei diesem Thema. Spätestens seit Fukushima muss doch auch dem Letzten klar geworden sein, dass man bei der Kernenergie auch manches Undenkbare einkalkulieren muss. Hinzu kommt der Faktor Mensch. Einmal wurden in Gundremmingen die Anschlüsse der Armaturen verwechselt, einmal tauchte ein Computervirus auf. Das alles sollte nicht passieren, tut es aber.

Auf Nachfrage konnte die Staatsregierung im Umweltausschuss kein einziges AKW benennen, in dem beim Abbau noch Brennelemente lagerten. Ich denke, Isar 1 sollte hier nicht mit schlechtem Beispiel vorangehen.

Selbst der Vertreter des Umweltministeriums gab zu, dass man mit der Entfernung der Kernbrennelemente eine Minderung des Risikopotenzials erreichen würde. Das kann man im Protokoll nachlesen. Bundesumweltministerin Hendricks hat sich letzte Woche sowieso schon lächerlich genug gemacht. Es wäre besser, sie würde sich um die Sicherheit der Bevölkerung kümmern, als Plakate zu kleben.

(Isabell Zacharias (SPD): Man kann auch beides machen! Frauen können das!)

Wer wider besseres Wissen mit dem Abriss des AKW beginnt, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht alles Erdenkliche für die Sicherheit der Bevölkerung zu tun.

Frau Scharf, Ihr Ministerium ist für die Reaktorsicherheit verantwortlich. Sie sind für Bayern zuständig. Das wäre die Gelegenheit, doch mal für positive Schlagzeilen zu

sorgen. Zeigen Sie doch klare Kante! Legen Sie wenigstens hier Ihr Veto ein! Stimmen Sie mit der Vernunft! Es geht um ganz Bayern, es geht um die Umwelt!

Die Sicherheit der Bevölkerung und des Abrisspersonals muss höchste Priorität haben. Alle Maßnahmen in diesem Sinne, sei der Sicherheitsgewinn noch so minimal, müssen ergriffen werden. Dem Antrag der GRÜNEN werden wir selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Kollege Zierer. – Nun hat sich für die Staatsregierung Frau Ministerin Scharf zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die GRÜNEN fordern mit ihrem Antrag, mit den Abbauarbeiten von Isar 1 erst dann zu beginnen, wenn die Brennelemente aus dem Nasslager entfernt sind. Ganz ehrlich: Für diesen Antrag fehlt mir schon jegliches Verständnis; denn der Bundesgesetzgeber hat erst vor Kurzem bekannt gegeben, den Abbau der Kernkraftwerke zügig voranzubringen, und Ihre Partei war dabei mit an Bord.

Die im Dezember vom Bundestag auch mit den Stimmen der GRÜNEN verabschiedete Änderung des Atomgesetzes sieht vor, dass abgeschaltete Kernkraftwerke von den Betreibern unverzüglich abgebaut werden sollen. Auf dieser Grundlage handelt die Staatsregierung zügig und konsequent. Bayern konnte als erstes Bundesland im Zuge des Atomausstiegs eine Stilllegungsgenehmigung erteilen. Damit kann jetzt mit dem Rückbau des Kernkraftwerks Isar 1 begonnen werden.

Würden wir dem Antrag der GRÜNEN folgen, meine Damen und Herren, würde sich der Abbau erheblich verzögern, und das ohne jede sicherheitstechnische Notwendigkeit. Daran können wir aus mehreren Gründen kein Interesse haben. Erstens verfügt Isar 1 noch über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die ihre Anlage bis in den letzten

Winkel kennen und genau wissen, was sie zu tun haben. Mit jedem Jahr, das wir verstreichen lassen, sinkt auch die Zahl der Wissensträger in der Anlage. Zweitens erwarten die Menschen auch in der Umgebung, dass wir zügig mit dem Abbau beginnen und dabei größtmögliche Vorsicht walten lassen. Dass hierbei unter Beachtung der Leitlinien der Entsorgungskommission gehandelt wird, versteht sich von selbst. Diese Leitlinien, die heute schon einige Male genannt wurden, gehen unter Nummer 8 ausdrücklich davon aus, dass die Stilllegung bereits beginnen kann, obwohl noch Brennelemente in der Anlage sind. Das wissen auch die GRÜNEN.

Der einzige Grund, warum die Brennelemente noch nicht aus dem Lager entfernt wurden, ist die fehlende Genehmigung des zuständigen Bundesamtes für die Einlagerung der Castoren in das Zwischenlager. Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der physischen Verfügbarkeit dieser Behälter mangelt es nicht; denn diese sind vorhanden. Bayern fordert hier seit Langem eine Beschleunigung des Verfahrens. Erst im Dezember habe ich dazu auch mit der Bundesumweltministerin Kontakt aufgenommen, bisher leider noch ohne Ergebnis.

Im dritten Absatz der Begründung des Antrags der GRÜNEN ist die Rede von einer unnötigen Gefährdung der Mitarbeiter und der Bevölkerung durch die geplanten Arbeiten etc. Dazu kann ich wirklich nur sagen: Sie haben anscheinend eine ziemlich abenteuerliche Vorstellung von einer Stilllegung. Sie glauben doch nicht allen Ernstes, wir würden eine Vorgehensweise akzeptieren, die auch nur ansatzweise eine Gefährdung darstellt. Es ist sonnenklar, dass wir in der Stilllegungsphase im Hinblick auf die Anwohner und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kernkraftwerkes mit größter Sorgfalt vorgehen und für größtmöglichen Schutz sorgen. Diese Arbeiten werden mit großer Akribie vorbereitet.

Ich darf Ihnen noch einmal konkret sagen: Nur an Systemen des Kraftwerkes, die mit der Lagerung und mit der Kühlung der Brennelemente nichts zu tun haben, werden wir in der genehmigten Phase jetzt diese Abbauarbeiten vornehmen. Alle demontierten

Komponenten werden gereinigt, auf Radioaktivität geprüft und dem geeigneten Entsorgungsweg zugeführt.

Übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen, erst letzte Woche, am 03.02., hat das Umweltministerium in Baden-Württemberg die Abbaugenehmigung für Block 1 des Atomkraftwerks Neckarwestheim erteilt. Vielleicht wissen Sie das noch nicht. Ihre GRÜNEN-Kollegen in Baden-Württemberg haben offensichtlich keine Probleme damit und sehen das wie wir.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das geplante Vorgehen wurde im Genehmigungsverfahren und unter Hinzuziehung des TÜV SÜD sorgfältig und eingehend geprüft. Auch die im Antrag erwähnte Entsorgungskommission des Bundes hat keinerlei Einwendungen. Warum auch? – Die Kriterien sind mit maximaler Sorgfalt, mit maximaler Sicherheit so bewertet worden und finden hier maximale Beachtung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wende mich in diesem Zusammenhang ausdrücklich gegen die wiederholte Benutzung des Begriffs "Abriss", wie es der Kollege Dr. Huber formuliert hat. "Abriss" suggeriert, hier kämen Bagger und Abrissbirne. Bei dieser Tätigkeit wird allerdings mit größter Sorgfalt vorgegangen. Der Begriff "Abriss" eignet sich nur, um Ängste in der Bevölkerung zu schüren. Dafür fehlt mir absolut das Verständnis.

(Beifall bei der CSU)

Alle Arbeiten im Rahmen des Abbaus werden vom Umweltministerium, aber auch vom Landesamt für Umwelt und von den Sachverständigen vom TÜV SÜD sorgfältig überwacht. Ich meine, mehr Sicherheit geht hier nicht. Ich wiederhole es: Nur an den Systemen des Kernkraftwerks, die mit der Lagerung und der Kühlung von Brennelementen nichts zu tun haben, werden wir in der jetzt genehmigten Phase die Abbauarbeiten beginnen. Darum bitte ich Sie, den Antrag der GRÜNEN abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Stümpfig. Bitte schön.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Staatsministerin Scharf, wir bezweifeln das und sagen klar, dass das nicht der Fall ist, wenn Sie sagen, mehr Sicherheit gehe nicht oder wir hätten den größtmöglichen Schutz. Einen größtmöglichen Schutz haben wir dann, wenn Brennstofffreiheit gegeben ist. Es ist im Umweltausschuss von Ihren eigenen Leuten dargelegt worden, dass mehr Sicherheit gegeben wäre, wenn Brennstofffreiheit gegeben ist. Das ist unsere Forderung. Deswegen verstehen wir nicht, warum das nicht gemacht wird. Sie sagen, die Castoren seien vorhanden. Das bezweifeln wir, weil diese erst einmal zu den laufenden Atomkraftwerken, zum Beispiel nach Gundremmingen, fahren.

Erstens müssen Sie Ihre Hausaufgaben machen, dass mehr Castoren zur Verfügung stehen. Zweitens geht es hier nicht darum, dass man schnell, schnell außen herum abbaut, sondern klar muss sein, dass sich die Gefahr erhöht, wenn die Brennelemente verbleiben und man außen herum, um das Becken abbaut. Ich glaube, das kann kein Fachmann bestreiten. Deswegen sind Ihre Aussagen in dem Punkt einfach falsch.

Im Gutachten ist von 30 Ereignissen, nicht unwahrscheinlichen Ereignissen, die Rede. Es sind viele Ereignisse angesprochen worden, zu denen es offene Fragen gibt, zum Beispiel der Absturz eines Flugzeuges auf das Lagerbecken. All das ist noch nicht geklärt. Es ist Ihre Verantwortung, dass hier größtmöglicher Schutz für die Anwohner gegeben ist, und das ist aus unserer Sicht nicht der Fall. Man könnte durchaus mehr tun.

Deswegen besteht hier – um Ihre Worte aufzugreifen – Unverständnis über Ihr Vorgehen. Diese Genehmigung, die Sie jetzt herausgegeben haben, ist wirklich unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Herr Stümpfig. – Frau Ministerin, bitte schön.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Herr Kollege Stümpfig, die Sicherheit der Menschen und der Umwelt ist das tagtägliche Brot unserer Spezialisten,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die sich jeden Tag darum kümmern, dass größtmögliche Sicherheit beim Betrieb, aber künftig auch beim Rückbau, beim Abbau herrscht.

Sie behaupten, die Castoren seien nicht vorhanden. Wir können sie Ihnen zeigen. Uns fehlt noch die Genehmigung der Bundesbehörde. Ich hatte vorhin erwähnt, dass wir dieses Verfahren mehrfach angemahnt haben und es Sache der Bundesbehörde ist, diese Castoren zu genehmigen.

Noch einmal: Die Sicherheit steht ganz oben. Mir ist es vor allen Dingen wichtig, dass wir das Wissen der dort arbeitenden Menschen jetzt nutzen und diesen Rückbau bzw. Abbau zügig mit den Spezialisten voranbringen, die ihre Anlage bis in den letzten Winkel kennen.

Ich finde, Sie sollten hier keine Ängste schüren, sondern sich diese Genehmigung einmal ganz genau anschauen, die so übrigens auch vom Bund mitgetragen wird, wonach wir nur an den Systemen des Kernkraftwerks mit dem Rückbau beginnen, die mit der Lagerung und Kühlung von Brennelementen nichts zu tun haben. Ein solcher Rückbauprozess dauert sehr lange. Das wissen Sie sicherlich. Darum sollten wir dort zügig beginnen, wo wir ohne Sicherheitsverlust vorgehen können.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Waren Sie zu Ende, Frau Scharf?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Ja.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön. – Herr Kollege Scheuenstuhl, bitte schön.

Harry Scheuenstuhl (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Ministerin, mir macht das ein bisschen Sorgen. Wir haben im Ausschuss nachgefragt, ob es aus Sicherheitsgründen besser wäre, die Brennelemente zu entfernen, bevor man mit dem Rückbau beginnt. Wir erhielten zur Antwort: Ja, das wäre gut. – Ich drücke es sehr vorsichtig aus. Ich will das nicht in Prozent ausdrücken. Das könnte vielleicht nur ein Prozent an Sicherheitsgewinn sein.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Aber ich glaube, Sie müssen da in Ihrem Ministerium nachprüfen, weil Sie heute sagen: Größtmöglich, mehr geht nicht. – Man hat uns ausdrücklich bestätigt, dass es schon geht. Da bitte ich Sie, für Aufklärung zu sorgen.

Sie haben vorhin gesagt, die Castoren stünden zur Verfügung. Jetzt sagen Sie, die Genehmigungen seien noch nicht erteilt. Vielleicht können Sie diesen Dissens jetzt noch aufklären. Es wäre für uns ganz wichtig zu wissen, wo die Stellschrauben sind. So, wie Sie das sagen, könnte unmittelbar damit begonnen werden, die Brennelemente herauszunehmen, sobald die Genehmigung da ist oder die Castoren da sind. Aber das können Sie jetzt natürlich noch erläutern. Dann müssen wir schauen, wie wir da weiterkommen.

Ich glaube, das Ziel, den Abbau so schnell wie möglich voranzubringen, steht nicht außer Frage. Aber ich möchte Sie bitten, bei Ihren Überlegungen nicht die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund zu stellen. Selbst wenn wir damit nur ein Prozent mehr Sicherheit gewinnen, wäre damit die größtmögliche Sicherheit gegeben. Vielleicht können Sie diese zwei Fragen noch beantworten.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Bitte schön, Frau Ministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Ich sage es noch einmal: Sicherheit steht an erster Stelle. Herr Kollege, Sie haben mir vielleicht nicht zugehört.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich habe gesagt, dass es am Vorhandensein der Castoren nicht mangelt. Diese Castoren sind da. Uns fehlt die Genehmigung der Bundesbehörde. Wir warten darauf. Wir haben eine Beschleunigung des Verfahrens angemahnt, sodass wir zügig vorankommen können. Die Castoren sind da. Es fehlt uns nur die Genehmigung.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Widerspruch zu Ihrem Ministerium! Sie müssen nichts sagen!)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Danke schön, Frau Staatsministerin.

(Beifall bei der CSU)

Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Die Frist für die namentliche Abstimmung ist verstrichen. Wir kommen deshalb jetzt zur Abstimmung, die in namentlicher Form erfolgt. Die Urnen sind bereitgestellt. Sie haben fünf Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 11.32 bis 11.37 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Ich bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Bitte nehmen Sie die Plätze wieder ein, damit ich fortfahren kann. Dann verrate ich auch, wie es mit der Sitzung weitergeht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben jetzt bis zur Mittagspause noch eine Abstimmung und eine Debatte vor uns. Ich schätze, dass wir dann um circa 12.00 Uhr, 12.10 Uhr oder 12.15 Uhr für eine halbe Stunde in die Mittagspause gehen können. Ich sage das dann noch genauer an. Nach der Mittagspause gibt es dann nur noch die Dringlichkeitsanträge.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Kein Abriss von Isar 1 unter einem beladenen Brennelemente-Becken", Drucksache 17/13694, bekannt. Mit Ja haben 70 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 86 gestimmt. Es gab eine Stimmennhaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.02.2017 zu Tagesordnungspunkt 5: Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Kein Abriss von Isar 1 unter einem beladenen Brennelemente-Becken (Drucksache 17/13694)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Aigner Ilse		X	
Awanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian			
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael			
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro			
Knoblauch Günther		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			X
Streible Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			X
Weikert Angelika		X	
Dr. Wenger Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			
Winter Georg			
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno	X		

Gesamtsumme 70 86 1